

AK-Präsident Kalliauer: Die größten Ungerechtigkeiten im Pensionsrecht bleiben bestehen

Linz (OTS) - Unzufrieden ist AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer mit der Einigung von SPÖ und ÖVP bei den Pensionen. Zwar sei die Verlängerung der Hacklerregelung bis 2010 erfreulich, die unfairen Pensionsreformen wurden allerdings nur unzureichend entschärft. Auch die Diskriminierung von Frauen bleibt bestehen.

Dass die Hacklerregelung bis 2010 verlängert wird, sieht der AK-Präsident als positives Signal. Damit können Frauen weitere zwei Jahre lang mit 55 nach 40 Arbeitsjahren, Männer mit 60 nach 45 Arbeitsjahren in Pension gehen. Auch mit der Abschlagsfreiheit der Schwerarbeiterpension ist Kalliauer im Großen und Ganzen zufrieden. Allerdings greifen beide Maßnahmen zu kurz.

45 beziehungsweise 40 Versicherungsjahre, das heißt inklusive Arbeitslosen- und Krankenstandszeiten, alleine reichen momentan nicht aus, um ohne Abschläge in Pension zu gehen. "Wenn dann ab 2010 das Antrittsalter kontinuierlich angehoben wird, wird trotz 51 Versicherungsjahren ein Pensionsantritt vor 65 ohne Abschläge nicht mehr möglich sein", stellt der AK-Präsident fest. Ab 2019 gibt es dann gar keine Hacklerregelung mehr.

Was Kalliauer besonders wurmt: Die unfairen Pensionsreformen wurden nur unzureichend entschärft. "Ich sehe nach wie vor weit und breit keine echte Harmonisierung. Bauern und Selbständige zahlen immer noch wesentlich weniger als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", so der AK-Präsident. Außerdem kritisiert er, dass die Pensionskürzungen mit wenigen Ausnahmen nicht zurück genommen wurden. Auch eine nachhaltige Finanzierung der Pensionen durch Einbeziehung von Spekulationsgewinnen und Zinseinkünften wurde wieder versäumt.

Die Diskriminierung von Frauen im Pensionsrecht bleibt bestehen. Die Schwerarbeiterregelung ist für sie erst ab 2024 und dem 60. Lebensjahr relevant, die Korridorregelung gar erst ab 2028. Weiterhin wird die Pension anhand des Gesamterwerbslebens inklusive aller Unterbrechungen berechnet. Es gibt auch in Zukunft keinen Beitragsgrundlagenschutz während der ersten beiden Karenzjahre.

"Leider wurden die größten Ungerechtigkeiten im Pensionsrecht nur

ansatzweise korrigiert. Vor allem Frauen zahlen nach wie vor massiv drauf", kritisiert daher der AK-Präsident. Er verspricht, sich auch künftig im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für faire und existenzsichernde Pensionen einzusetzen.

Kontakt: Mag. Dominik Bittendorfer, Tel. 050/6906-2191

E-Mail: dominik.bittendorfer@akooe.at

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich

Kommunikation

Tel.: (0732) 6906-2182

<mailto:presse@ak-ooe.at>

<http://www.arbeiterkammer.com>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0074 2006-12-22/11:04

221104 Dez 06

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061222_OTS0074